

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 163 (1997)
Heft: 11

Artikel: Die nukleare Bedrohung unterschätzt? : zur schweizerischen Abwehrbereitschaft im Kalten Krieg
Autor: Däniker, Gustav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-64764>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die nukleare Bedrohung unterschätzt?

Zur schweizerischen Abwehrbereitschaft im Kalten Krieg

Gustav Däniker

Nationalrat Fredi Alder (SP/SG) und 51 Mitunterzeichnende haben am 19. Juni 1997 den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen gebeten: «1. Sind militärische Pläne des Warschauer Paktes bekannt, in die auch die Schweiz einbezogen wurde? 2. Erweisen sich die militärischen Szenarien der Schweizer Armee aus den siebziger und achtziger Jahren im Lichte der bekannten Pläne des Warschauer Paktes als realistisch?» Sowohl die Fragen wie die Auskunft sind hochinteressant.



Gustav Däniker,
Dr. phil.,
Divisionär a D,
Council-Mitglied des
«International Institut for Strategic
Studies (IIS)» in London,
Rigistrasse 3, 8802 Kilchberg.

In seiner differenzierten Antwort vom 10. September 1997 geht der Bundesrat auf die bisher unbefriedigende Quellenlage ein, weist aber dennoch nach, dass die Schweiz Teil des «westlichen Schauplatzes von Kriegshandlungen» war und in der «Operationsrichtung Alpen» lag, deren Achse über Wien, Davos und Lausanne verlief! Rechts war der Streifen durch die Linie Lipno – Garmisch – Baden – Basel – Besançon begrenzt; links durch die österreichisch-jugoslawische Grenze, Villach, Trento und Como. Die Schweizer Armee, so der Bundesrat weiter, habe mit ihren Dispositionen der östlichen Doktrin, das Gefecht von Beginn an in die ganze Tiefe der Verteidigung zu tragen, sehr gut und mit grosser dissuasiver Wirkung entgegenwirkt. Auch die militärischen Szenarien, die den Übungen der Armee in den siebziger und achtziger Jahren zugrunde lagen, dürften mit gutem Gewissen als sehr realistisch bezeichnet werden. Im übrigen werde gelegentlich eine Kommission von Militärhistorikern zusammengestellt, deren Aufgabe unter anderem darin bestehen werde, in den relevanten Militärarchiven in Moskau, Budapest und Prag vertiefte Recherchen zu unternehmen.

Ob diese positive Antwort die Mehrheitlich linken und grünen Interpellanten befriedigt, bleibe dahin gestellt. Zu denken geben müsste ihnen jedenfalls folgender Passus: «Immer mehr zeichnet sich jedoch ab, dass die nukleare Bedrohung **unterschätzt** wurde. Vermehrt geben Offiziere der ehemaligen Ostblockstaaten an, dass geplant war, Angriffe mit Nuklearwaffen einzuleiten, wie auch damit laufend zu unterstützen.» Die Aussage könnte allerdings zu Missverständnissen führen. Sie weckt den Eindruck eines Irrtums unserer Militärs, der schwerwiegende Folgen hätte haben können, was so nicht zutrifft. Das Problem ist komplexer und einer vertieften Analyse wert.

Gefährliche «Maskirowka»

Zur Klärung muss man an die östliche Propaganda im Kalten Krieg erinnern. In den fünfziger Jahren hatte die Sowjetunion noch lauthals und allgemein gegen Atomwaffen protestiert und versucht, sie abzuwerten und zu diffamieren. Sie hatte insbesondere ihre «Frontorganisationen» zu diesem Zwecke mobilisiert. In seinem Standardwerk über die «Sowjetische Militärstrategie» von 1963 kritisierte Marschall Sokolowski die westliche Theorie eines begrenzten Krieges mit taktischen Atomwaffen nach wie vor heftig, was ihn aber nicht hinderte, die Hauptrolle der eigenen Raketentruppen mit der Führung von Kernwaffenschlägen in die ganze Tiefe des feindlichen Territoriums zu umschreiben.

Es folgte eine Zeit der Drohungen mit sowjetischem Atomwaffeneinsatz als «Antwort» auf entsprechende Schläge der NATO. Entscheidend aber war, dass die Rote Armee die westliche Theorie der nuklearen Abschreckung und der «gegenseitigen gesicherten Zerstörung» (MAD) nie anerkannte, sondern immer wieder darauf hinwies, dass auch ein Atomkrieg geführt und trotz der riesigen Zerstörungen, die er mit sich bringe, gewonnen werden könne. Offenbar hatte man in einem Land, das den Zweiten Weltkrieg trotz Millionen Opfern überstand, weniger Mühe, so zu argumentieren als zum Beispiel in den USA, wo militärische und zivile Verluste ungleich höher gewichtet werden.

Natürlich hinderte diese Grundhaltung die Sowjetunion nicht, immer wieder Kampagnen gegen die westliche Doktrin der schrittweisen Eskalation und den sogenannten «First Use», den Ersteinsatz von taktischen Atomwaffen zur Bekämpfung der überlegenen sowjetischen Angriffskräfte, zu lancieren. Einen eigentlichen Feldzug führte sie in den siebziger Jahren beispielsweise gegen die «Neutronenbombe», die dank geringen Kollateralschäden und ihrer panzerdurchdringenden Strahlung die östliche Übermacht an Kampfpanzern hätte neutralisieren können. Unter dem ungeheuren Druck der Antiatom- und der Friedensbewegung auf Regierungen, Parlamente und Öffentlichkeit verzichteten die USA schliesslich auf die Bereitstellung dieser Waffe in Europa. «Utili idioti» (Kommunistenführer Togliatti) ohne Zahl – zweifellos die meisten guten Glaubens – gefährdeten so die westliche Freiheit, von der sie selbst schrankenlosen Gebrauch machten. Die psychologische Kriegführung des Ostens trug Früchte.

Entsprechend fanden sich Anfang der achtziger Jahre Hunderttausende in ganz Westeuropa, die gegen die NATO-Nachrüstung mit Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern demonstrierten, welche als Gegengewicht gegen die sowjetische Hochrüstung mit SS-20-Raketen, die den ganzen Kontinent nuklear bestreichen konnten, gerichtet war. Selbst auf dem Bundesplatz in Bern fanden 1981 und 1983 Grossaufmärsche statt, die eindeutig gegen die westliche Verteidigung gerichtet waren. Unzählige Schriften von «Friedensforschern», «Generälen für den Frieden» und anderen «Militärexperten» suchten zu beweisen, dass die Gefahr für den Frieden von den USA und der NATO und nicht von der Sowjetunion ausgehe. Letztere dürfe nur nicht provoziert werden, dann sei der Friede gesichert.

Die Geschichte aller dieser Verirrungen, wozu auch die ab 1986 propagierte Armeeabschaffung gehörte, muss erst noch geschrieben werden. Bereits heute aber ist sicher, dass die pausenlose Propaganda von linker und pazifistischer Seite trotz allem Widerstand klarblickender Politiker und Militärs nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in schweizerischen Armeekreisen allmählich zum Eindruck führte, selbst ein Dritter Weltkrieg werde konventionell geführt, wenn nur der Westen nicht vorschnell zur Atomwaffe greife. Die sowjetische Behauptung, grundsätzlich auf einen atomaren Ersteinsatz zu verzichten, eine – wie wir heute wissen – faustdicke Lüge, beschönigend «Maskirowka» (Täuschung) genannt – beruhigte viele naive Gemüter. Dabei übten zum Beispiel noch 1990 Stäbe der DDR-Volksarmee einen mit 60 bis 80 Atomraketen unterstützten Angriff Richtung Jütland!

Breitgefächerte Reaktion der Schweiz

So gesehen kann man durchaus von einer Unterschätzung der nuklearen Gefahr sprechen, zumindest in der öffentlichen Meinung. Sie hat die akute Gefahr kaum je wahrgenommen; die klar vorhandene potentielle hat sie verdrängt. Für die sicherheitspolitisch und militärisch Verantwortlichen trifft dies aber nur sehr bedingt zu. Im Gegenteil! Warum man sich in Regierung, Armee und Politik in den fünfziger und sechziger Jahren ernsthaft mit der Frage beschäftigte, eventuell eigene Atomwaffen beschaffen zu müssen, um die Disuasion sogar auf die atomare Ebene hinaufzutragen, wurde bereits vor eini-

ger Zeit publiziert. Das Schweizer Volk selbst hatte 1962 und 1963 in zwei Abstimmungen dafür die nötige Handlungsfreiheit geschaffen. Dass die Schweiz schliesslich auf eine atomare Bewaffnung verzichtete und dem Non-prolifervationsvertrag beitrug, ist kein Beweis für eine Missachtung der Gefahr. An die Stelle aktiv-nuklearer Gegenwehr trat im Rahmen der Gesamtverteidigung das weltweit einmalige Zivilschutzprogramm, während die Armee mit der Doktrin der «Abwehr» und vielen weiteren Massnahmen Taktiken entwickelte, um auch auf einem nuklearen Gefechtsfeld erfolgreich kämpfen zu können. Auch die «Studienkommission Schmid für strategische Fragen» (1967–1969) stand ganz im Banne der nuklearen Bedrohung, die ja grösser war als alles, womit die Schweiz je hatte rechnen müssen. Sie regte unter anderem ein Institut für Atomwaffenfragen an.

Ebenso ging der Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz, von 1973 bis 1990 die Grundlage unserer Selbstbehauptung, speziell auf die Gefahr der Massenvernichtung ein. Ihr entgegenzuwirken wurde zu einer strategischen Hauptaufgabe erklärt. In Ziffer 425 war festgehalten: «Die heutigen Möglichkeiten, nicht nur Bevölkerungsteile, sondern ein Volk als Ganzes mitsamt seiner biologischen Substanz zu vernichten, können Lagen schaffen, in denen die Sicherstellung des Überlebens (gegenüber der Verteidigung des Territoriums) sogar den Vorrang erhält.» Als Ausweg sah man aber keineswegs die Kapitulation, sondern den «Widerstand im feindbesetzten Gebiet», der zu Recht soweit immer möglich vorbereitet wurde.

Gerade dieser Passus aus der «Sicherheitspolitik 73» beweist, dass der Bundesrat den möglichen Atomkrieg ernsthafter und konsequenter als manche Regierungen anderer ebenso bedrohter Länder antizipierte und auch den Mut hatte, der Öffentlichkeit seine Folgerungen kund zu tun. Dass damals darüber kein «Grand débat» entstand, sondern linke und sogenannte liberale Kreise erst nach dem Kalten Krieg sogar die Unverschämtheit hatten, die richtigerweise als letzte Verteidigungslinie unserer Unabhängigkeit aufgebaute Widerstandsorganisation P 26 als Putschvorbereitung zu verdächtigen, war und bleibt ein trauriges Kapitel.

Armeeseitig ging die geistige und materielle Auseinandersetzung mit der Möglichkeit des Atomkrieges weiter. Man befasste sich mit der Neutronenbombe, mit der französischen Nukleardoktrin, die auch uns bei eigener Schwäche hätte gefährlich werden können, und ganz generell intensiv mit

Szenarios, die infolge der Atombewaffnung beider Parteien im Bereich schauerlicher Wirklichkeit lagen. In den grossen Armeestabs- und Gesamtverteidigungsübungen war bis 1988 immer zumindest eine Phase atomaren Angriffen auf die Schweiz gewidmet. Zahlreiche unterirdische Anlagen sowie atom sichere Unterstände für nicht gepanzerte Kampftruppen waren einige konkrete Reaktionen. **Eine insgesamt intensive Vorbereitung auf den «worst case» also, die auch dadurch nicht entwertet wird, dass man die heute voll erhärtete Tatsache nicht immer in Rechnung stellte, dass ein Angriff des Warschauer Paktes gegen Westen von Anfang an und in hoher Dichte mit Atomwaffenunterstützung erfolgt wäre.**

Positive Gesamtwertung erlaubt

Soweit sich immer ein Nicht-Atomwaffenstaat auf einen Nuklearkrieg vorbereiten konnte, die Schweiz hat es getan. Viele sträubten sich zwar innerlich, das Undenkbare zu denken; die Verantwortlichen sorgten aber letztlich allen Widerständen zum Trotz für ein Maximum an Schutzvorkehrungen und aktiver Vorbereitung. Erst die Offenlegung von Archiven mit den zweifellos vorhandenen Plänen für Vorstösse in unseren Raum wird zeigen, in welchem Ausmass unsere insgesamt riesige Anstrengung dissuasive Wirkung erzeugte. Sicher ist heute bereits, dass das Schweizer Volk selbst im fürchterlichsten aller bisherigen Kriege eine Überlebenschance besessen hätte. Nicht umsonst formulierte einmal der «Economist»: «If that unnamed attacker ever did come, Switzerland would be readier than most countries.»

Und noch eine weitere Folgerung lässt sich ableiten: Bei jedem Rückblick auf den Kalten Krieg und bei allen Diskussionen darüber, wer in der Schweiz wie auf ihn reagiert hat, darf nie ausser acht gelassen werden, dass es zwischen 1945 und 1990 eine totalitäre, ideologisch aggressive Supermacht mit Welt-herrschaftsanspruch gab, die zunehmend über eine gigantische, dauernd einsatzbereite Militärmaschinerie verfügte. Einmal in Marsch gesetzt wäre sie keinen Einschränkungen unterworfen gewesen. Sie hätte – wie sich immer mehr herausstellt – auch neutralen Staaten keine mildernden Umstände zugebilligt. ■